

## Zukunft der Bergbauregion

### Das Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus: Eine Chance zur Zukunftssicherung unseres Landes und ein historischer Erfolg für die FDP

Der Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau ist durch die Eckpunkte-Verständigung zwischen Bund, Land NRW, Saarland, RAG und IGBCE vom Februar 2007 sowie durch die sich daran anschließende Steinkohle-Rahmenvereinbarung, den Erblastenvertrag und das Steinkohlefinanzierungsgesetz beschlossene Sache und unumkehrbar. Die FDP NRW begrüßt, dass Nordrhein-Westfalen (1) durch den Ausstieg bei den Absatzhilfen nach 2014 bis 2019 593 Millionen Euro bei den Plafondzahlungen einspart, (2) nicht mehr für den Saarland-Anteil aufkommen muss und (3) die Finanzierung aller zeitlich befristet anfallenden Altlasten des Bergbaus in die gemeinsam von Bund und Land zu tragenden Finanzplafonds vorgezogen wird. Die so erreichte Einsparung beläuft sich auf 972 Millionen Euro, so dass die Gesamtentlastung für den Landeshaushalt bei 1.565 Millionen Euro liegt.

Das, was die FDP NRW im Landtagswahlkampf 2005 versprochen und im Koalitionsvertrag mit der CDU durchgesetzt hatte, wird jetzt umgesetzt. Für diese historische Entscheidung in der Kohlepolitik hat die gesamte FDP Jahrzehnte gekämpft. Sie ist damit auch ein historischer Erfolg für die FDP. Damit ist das Ende einer Epoche absehbar, die in den vergangenen Jahrzehnten die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens wesentlich geprägt hat. Wegen der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit der Steinkohle seit den 60'er Jahren war dieser Schritt längst überfällig und zur Zukunftssicherung des Landes zwingend notwendig geworden. Ein kostspieliges Festhalten an einem nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweig und an überkommenen Industriestrukturen durfte nicht länger zu Lasten der Zukunftschancen des Landes gehen. Das schließt jedoch nicht aus, dass Steinkohlebergbau, dort wo er jenseits des Ausstiegszeitpunktes rentabel, also ohne jede Subvention wettbewerbsfähig am Weltmarktgeschehen teilnehmen kann, weiterhin betrieben werden könnte.

Mit dem Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau wird nun die Chance greifbar, den neu gewonnenen Handlungsspielraum für die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Landes zu verwenden und das letzte Kapitel des Strukturwandels abzuschließen. Hierzu wäre vor allem auch ein erfolgreicher Börsengang der RAG, den die FDP NRW begrüßt und unterstützt, ein wichtiger Schritt und ein deutliches, weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalen hinaus sichtbares Zeichen des Vertrauens in die Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Ruhrgebietes und ein starkes Signal des Aufbruchs für das ganze Land.

Die FDP NRW spricht sich dafür aus, dass die im Zuge der Umsetzung des Kohleausstiegs frei werdenden Mittel auch zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Bergbauregionen verwandt werden. Der Einsatz dieser Mittel sollte dabei zeitlich so angeordnet werden, dass die damit finanzierten Projekte und Initiativen bis zum Zeitpunkt des Auslaufens der Bergbausubventionen bereits ihre positiven Auswirkungen auf Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den Bergbauregionen voll entfalten können.

### Der Strukturwandel der Vergangenheit

Im Ruhrgebiet hatte sich innerhalb von 150 Jahren eine weitgehend grüne Landschaft in Europas größte Industrieregion verwandelt. Kohle und Stahl, das waren damals Material und Treibstoff für die Eisenbahnen, ja für die Industrialisierung schlechthin. Es gab 3200 Zechen, dafür bis 1960 keine einzige Hochschule. Die Menschen lebten vom Bergbau und der Montanindustrie.

Die Zeiten haben sich mittlerweile geändert: Heute gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen noch sieben Steinkohlebergwerke. Vor 50 Jahren förderten 470 000 Kumpel Kohle, heute sind es noch 34 000. In der Stahlindustrie sank die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 300 000 auf 57 000. Allein zwischen 1980 und 2002 ging etwa die Hälfte der eine Million Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe verloren.

Neue Branchen haben sich etabliert, wie die Logistik- oder die Gesundheitsbranche. Der Dienstleistungssektor hat sich entwickelt, neue Technologien wie Nano-, Mikro-, Bio- und Informationstechnologien haben neue Arbeitsplätze geschaffen. Zudem haben viele traditionelle Industrieunternehmen neue Kompetenzen entwickelt und vermarktet, technologische Potentiale genutzt und international neue Märkte und Kunden erobert.

Es entwickelt sich Neues, nachdem die alten Industrien den Rückzug angetreten haben: In der Wirtschaft, aber plötzlich auch im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur. Auf erste Erfolge kann verwiesen werden, bei der Ansiedlung neuer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen direkt neben alten Zechenstandorten oder etwa beim Kulturhauptstadt Wettbewerb. Letzteres ist vor allem auch das Ergebnis einer

## Beschluss des Landeshauptausschusses der FDP Nordrhein-Westfalen am 20. Oktober 2007 in Kamen

---

verbesserten Kooperation und von mehr Einheit in der Kernregion Ruhr, die auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vorgesehen ist.

Es ist viel geschafft worden von den Menschen in den vom Rückzug des Bergbaus betroffenen Regionen. Und dennoch: Der Strukturwandel der letzten 50 Jahre, vor allem im Ruhrgebiet verstanden als Überwindung der Montanwirtschaft, flankiert durch eine Vielzahl staatlicher Programme und gedacht als Ausgleich der andauernden Strukturschwäche verhinderte einen grundlegenden Mentalitätswechsel und ein selbstbewusstes Auftreten im Wettbewerb mit anderen Regionen. Das Förderprinzip der regional ausgleichenden und allzu oft nach politischen Kriterien eingesetzten Gießkanne verhinderte aber vor allem einen gezielten Ausbau sich entwickelnder Stärken und ein erfolgreicherer und schnelleres Vorankommen beim Strukturwandel.

50 Jahre Strukturwandel haben das Ruhrgebiet nicht davor bewahrt, immer noch als benachteiligt zu gelten. Immer noch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von bis zu 15 Prozent, dafür weit unterdurchschnittliche Investitionen der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung.

Die Devise lautete: Strukturwandel ja, aber ohne sich von Traditionen zu trennen. So flossen erhebliche Finanzmittel aus der Staatskasse in den Strukturwandel, aber zugleich wurde der längst nicht mehr wettbewerbsfähige Steinkohlebergbau immer weiter subventioniert und damit künstlich am Leben gehalten.

Das hatte bei allen positiven Wirkungen der Strukturförderung auch erhebliche negative Effekte. Erstens wurden diese staatlichen Investitionen in den Strukturwandel zum größten Teil kompensatorisch vergeben. Die jeweilige Region erhielt das Geld, weil es ihr schlecht ging, nicht weil sie etwas besonders gut konnte. Zweitens wurde kein echter Mentalitätswechsel erreicht. Die Alt-Industrien blieben – wenn auch deutlich abgespeckt – erhalten, am Tropf des Staates. Das hat Veränderungsdruck genommen. Und drittens fehlte natürlich genau dieses Geld an anderer Stelle. Noch im Jahr 2003 hat der Staat 3 Milliarden Euro für Steinkohlesubventionen in die Bergbauregionen gegeben, allerdings nur 780 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Ein krasses Missverhältnis zwischen Alimentation der Vergangenheit und Investition in Zukunft.

### **Eine neue Reformpolitik für das ganze Land**

Die FDP NRW begrüßt, dass die Landesregierung für das ganze Land eine umfassende Modernisierungsstrategie in Angriff genommen hat: Von der Sanierung der Landesfinanzen, dem Abbau von Bürokratie, der auf Effizienzsteigerung ausgerichteten Neuordnung der Landesverwaltung, den Reformen im Schulwesen und der Innovationsstrategie des Landes werden auch die Bergbauregionen profitieren. Hinzu kommen ein klares Bekenntnis zu einer forschungs- und technologiefreundlichen Politik in allen Regionen des Landes und die Reform des Hochschulwesens.

Das Ziel ist ebenso ambitioniert wie richtig und erreichbar: Nordrhein-Westfalen soll bis 2015 Innovationsland Nr. 1 werden. Hierzu können und müssen auch das Ruhrgebiet und die anderen Bergbaustandorte des Landes durch den Ausbau bereits vorhandener Stärken und durch eine ambitionierte Aufholjagd in Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation einen gewichtigen Anteil erbringen. Mit dem Kohleausstiegsbeschluss herrscht nun Klarheit, wann mit den Subventionszahlungen Schluss sein wird. Die Bergbauregionen müssen sich jetzt darauf konzentrieren, ihre Zukunft zu gestalten, Stärken auszubauen und sich mit Selbstbewusstsein dem Wettbewerb zu stellen.

Der Sonderstatus der Bergbauregionen wird damit aufgegeben und ein grundlegender Mentalitätswechsel unterstützt. Die FDP NRW befürwortet daher die wettbewerbsorientierte Umgestaltung der Förderpolitik des Landes und appelliert an die Bergbauregionen, diese als Herausforderung und Chance zu verstehen. Fördermittel dürfen nicht weiterhin feste Plangrößen auf Empfängerseite sein, mit denen man sich „einrichtet“. Vielmehr müssen sie nach wettbewerblichen Kriterien vergeben und zeitlich befristet werden. Strukturhilfen dürfen nicht Trägheit bewirken, sondern sollen Anreize zu Kreativität und Lösungsorientierung vermitteln.

Die Bergbauregionen können diese Herausforderung auf der Grundlage der vorhandenen Infrastruktur und der auf Wettbewerb, wissensbasierter Wirtschaft und Innovation ausgerichteten neuen Prioritätensetzung in der Förderpolitik des Landes selbstbewusst in Angriff nehmen. Dies gilt umso mehr, als dass die Menschen in den vom Strukturwandel betroffenen Bergbauregionen wie nirgends sonst in unserem Land in Jahrzehnten gelernt haben, den permanenten Veränderungsdruck zu meistern. Jetzt könnte diese Kompetenz ein ent-

# Beschluss des Landeshauptausschusses der FDP Nordrhein-Westfalen am 20. Oktober 2007 in Kamen

---

scheidender Standortvorteil werden, wenn es gelingt, den Veränderungsdruck umzumünzen und daraus Gestaltungsdynamik zu machen – mit Kreativität, Kompetenz und Kooperation.

## **Eine intakte Infrastruktur für wettbewerbsfähige Bergbauregionen**

Allein im Ruhrgebiet gibt es inzwischen vier Universitäten, drei Fachhochschulen und etliche renommierte Forschungszentren. Die kontaminierten Industriebrachen werden in Landschaftsparks umgewandelt, die vergifteten Flüsse werden renaturiert. Es wird in moderne Verkehrsinfrastruktur investiert. Zwölf der 50 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands haben ihre erste Adresse im Ruhrgebiet. Die Region liegt im Herzen Europas und ist eine Drehscheibe der europäischen Wirtschaft.

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, die wirtschaftliche Entwicklung in den Bergbauregionen durch eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur** zu unterstützen. Vor allem die Region Ruhr braucht ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, das dem Verkehrsaufkommen eines europäischen Ballungsraumes gewachsen ist und vorhandene Logistikstandorte in ihrer weiteren Entwicklung unterstützt. Hierzu zählt konkret der Abschluss des durchgängig sechsspurigen Ausbaus des sogenannten „Ruhrgebietsdreieck“ bestehend aus A 1, A 2 und A 3, die Erweiterung der A 40 als eine Hauptader in Ost-West-Richtung, der A52/A535 in Nord-Süd-Richtung und der Ausbau der A 43 und A 57.

Hinzu kommt der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Umfeld der **Logistikstandorte** im mittleren Ruhrgebiet um Herne, Herten und Gelsenkirchen (Last-Mile-Logistik-Park) und in der Region Duisburg/Niederrhein (Logport-Areal). Gleiches gilt mit Blick auf eine leistungsfähige Lösung für den Anschluss der Seehäfen Antwerpen und Rotterdam an die Region Ruhr sowie für eine über Straße und Schiene gute Anbindung an die vorhandenen **internationalen und regionalen Flughäfen des Landes**.

Im östlichen Ruhrgebiet um Dortmund, Unna und Hamm plant die Stadt Hamm zusammen mit der Gemeinde Bönen bereits seit einigen Jahren ein neues, interkommunales Gewerbegebiet unter dem Namen „Inlogparc“, ebenfalls mit dem Schwerpunkt Logistik an der A2, nördlich des bereits bestehenden Gewerbegebiets Bönen. Von der Realisierung des Inlogparcs könnte insbesondere die Stadt Hamm, die mit einer noch aktiven Zeche (Bergwerk Ost) mitten im Strukturwandel steckt, profitieren.

Die verkehrsgünstige Lage zu den Autobahnen A1 und A2, sowie sehr gute Anbindungen an das Schienen- und Wassernetz prädestinieren Hamm zu einem der Logistikstandorte in NRW. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Inlogparcs und damit für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Stadt Hamm nach dem Bergbau, sind umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen, die vom Land NRW und dem Bund zu planen und zu finanzieren sind. Hierzu zählen in erster Linie, die B 63n, die A 445, die L 667n und die K13n und K 35n (als Erschließungsstraßen für den „Inlogparc“).

Der Landesvorstand wird aufgefordert die Durchführung dieser Infrastrukturmaßnahmen, in Planung, Genehmigung und Finanzierung zu beschleunigen. Hierdurch können die wegfallenden Arbeitsplätze des Bergwerks Ost nicht nur kompensiert werden, sondern auch zukunftssträchtige neue Jobs entstehen, die dieser Region den dringend nötigen Strukturwandel erst ermöglichen.

Die Realisierung des **Rhein-Ruhr-Expresses**, den die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG mit einem hochwertigen Leistungsangebot in dichtem Takt und geringer Reisezeit für den Korridor Dortmund – Köln mit Anbindung in die Nachbarregionen entwickelt, sollte gemeinsam vorangerieben werden.

Die Landesregierung sollte u. a. auf eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Land zum Ausbau der Bahnstrecke Dortmund – Hamm und mit Blick auf eine leistungsfähigere Anbindung an die Rheinregion die Bahnstrecke Duisburg – Düsseldorf hinwirken und die **Modernisierung der Bahnhöfe**, sowohl bei den Hauptbahnhöfen als auch bei maroden Nahverkehrshaltepunkten nach Kräften unterstützen.

Das zentrale Projekt der städtebaulichen Erneuerung des Ruhrgebiets ist das Generationenprojekt „**Neues Emschertal**“. Die Region hat hier die einmalige Chance, für die Menschen im Herzen der Region einen ganzen Lebensraum zurückzugewinnen. Und wenn der Schlussspurt beim Strukturwandel mit hohem Tempo gelingen und auch sichtbar werden soll, dann müssen alle Akteure konstruktiv daran mitwirken, dass es gelingt, die Rückzugsflächen und Industriebrachen der Vergangenheit für **zukunftsweisende Projekte** und Ideen zurückzuerobern. Diese Aufgabe muss von allen Beteiligten besser und schneller als bisher bewältigt werden.

## Beschluss des Landeshauptausschusses der FDP Nordrhein-Westfalen am 20. Oktober 2007 in Kamen

---

- In den Bergbauregionen bestehen schon heute starke **Hochschulstandorte**
- mit fünf Universitäten in Bochum, Dortmund, Duisburg-Essen, Witten-Herdecke und Hagen,
- mit elf Fachhochschulen und ihren Standorten in Bochum, Bocholt, Dortmund, Duisburg, Mönchengladbach, Krefeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Iserlohn und Recklinghausen
- und mit der Folkwang Hochschule in Essen.

Zur weiteren Stärkung der Hochschulstandorte in den Bergbauregionen bietet sich aus Sicht der FDP NRW auch der Ausbau der Studienplatzkapazitäten im Zuge der landesinternen Umsetzung des **Hochschulpaktes 2020** an, insbesondere an den entsprechenden Fachhochschulstandorten, um so dem Mangel an Fachkräften im Ingenieurbereich entgegenzuwirken. Zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den Bergbauregionen sollte das Land prüfen, ob es seine Anstrengungen zur **Modernisierung der Hochschulbauten** gegenüber der bisherigen Planung erhöhen kann.

Wie alle anderen Hochschulen des Landes, so gehen auch die Hochschulen in den Bergbauregionen mit dem neuen Hochschulrecht in eine neue Ära und können auf dieser neuen Grundlage systematisch Kompetenzen aufbauen, zusätzliches Profil gewinnen und gemeinsam neue Stärken entwickeln.

Die FDP NRW begrüßt die Initiative der drei Universitäten Bochum, Essen-Duisburg und Dortmund, auf der Grundlage des neuen **Hochschulfreiheitsgesetzes** ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer strategischen Allianz zu intensivieren. In der damit beabsichtigten Bündelung der Kompetenzen liegen große Chancen für die Wissenschaftsregion Ruhr. Die Landesregierung sollte diese Aktivitäten weiterhin positiv begleiten.

Das gilt auch hinsichtlich Mut machender Entwicklungen an anderen Hochschulen in den Bergbauregionen, etwa an der **Universität Bochum**, die unabhängig von der Schluss-Entscheidung im Rahmen des Exzellenzwettbewerbes einen sehr beachtlichen Etappenerfolg erzielt hat und nun allemal eine Elite-Universität der Herzen ist. Das zeigt: Kein Tabellenplatz ist in Zement gegossen, Aufholjagd ist möglich.

Die **Universität Duisburg-Essen** hat gerade gezeigt, was sie mit der besseren Vernetzung von Think Tanks und Wirtschaft meint. Gemeinsam mit der Unternehmerverbandsgruppe hat sie die **Mercator Executive School** gegründet. Dort werden Hochschuldozenten und Unternehmer unterrichten, um Praktiker der mittelständischen Wirtschaft für Führungsaufgaben zu qualifizieren. Ein Vorhaben, dass sich möglicherweise auch für die mittelständische Wirtschaft rund um den Bergbaustandort im nördlichen Münsterland nutzbar machen lässt. Auch die Universität **Dortmund** prescht nach vorn: Mit der Perspektive, ihr Technik-Profil unter Einbeziehung aller Fakultäten zu schärfen, könnte Dortmund einen Top5-Platz unter den deutschen Technischen Universitäten erreichen.

Den neuen Rahmen für Wissenschaft und Forschung gilt es in den Bergbauregionen im Schulterschluss mit starken Partnern mit Leben zu erfüllen. Hinsichtlich neuer Einrichtungen der **Spitzenforschung** gibt es hierfür bereits gute Beispiele: Der Bau des neuen Science to Business Center Bio mit Degussa in Marl, die neue Plattform für Systembiologie in Dortmund mit der Max-Planck-Gesellschaft oder das neue Werkstoffforschungsinstitut ICAMS in Bochum im Wege einer Kooperation der Universität Bochum mit Thyssen, Bayer, Salzgitter und Bosch. Das Land sollte derartige Ansiedlungen von Einrichtungen der Spitzenforschung auch weiterhin unterstützen, wenn sie sich zuvor im Wettbewerb behaupten konnten. Ziel neuer Ansiedlungen muss es dabei auch sein, durch gezielte Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine erfolgreiche Teilhabe der Bergbauregionen an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen (High-Tech-Strategie des Bundes, 7. EU-Forschungsrahmenprogramm) sicherzustellen. Einen entscheidenden Beitrag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Bergbauregionen sollte durch einen verbesserten **Wissens- und Technologietransfer** erreicht werden.

Vor allem die von der Montanindustrie geprägten Bergbauregionen leiden vielfach noch unter einem Mangel an wachstumsstarken kleinen und mittelständischen Unternehmen und unter einer fehlenden **Gründermentalität**. Es gilt daher dort die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründer, das Handwerk und kleine Unternehmen weiter auszubauen und treffsicherer zu gestalten, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologiezentren und die relevanten Cluster- und Brancheninitiativen stärker in das Gründungsgeschehen einzubeziehen und Beiträge zur Sicherung der Finanzierung von innovativen Unternehmensgründungen – von der Gründungs- bis in die Wachstumsphase – zu leisten. Vor allem mit Blick auf das Münsterland sollten Maßnahmen, die gezielt auch auf bereits vorhandene mittelständische Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet werden.

## Beschluss des Landeshauptausschusses der FDP Nordrhein-Westfalen am 20. Oktober 2007 in Kamen

---

Die Mitarbeiter im Bergbau sind fachlich gut qualifiziert und daher auch für **mittelständische Unternehmen** im Produktionsbereich attraktiv. Zunehmend klagen Unternehmen über Mangel an qualifizierten Fachkräften. Hier kann der Mittelstand vom Strukturwandel profitieren und ehemaligen Mitarbeitern aus dem Bergbau neue Perspektiven eröffnen. Gezielt können **Existenzgründungen** das Know-how von qualifizierten Fachkräften für neue Ideen nutzen und so den Strukturwandel in doppelter Hinsicht vorantreiben. Hier können geeignete Transfermaßnahmen zum Übergang von Arbeit in Arbeit im Sinne einer verbesserten Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten im Rahmen der ESF-Förderung unterstützend eingesetzt werden. Das Münsterland hat nach der Krise der Textilindustrie schon einmal Erfahrungen mit Strukturwandel gesammelt und erfolgreich gemeistert. Ehemalige Textilunternehmen mussten sich umstellen und neue erfolgversprechende Bereiche suchen. So ist das Münsterland heute durch viele mittelständische Produktionsunternehmen, die teilweise Weltmarktführer sind, geprägt.

Die **Innovationsallianz** der nordrhein-westfälischen Hochschulen zur Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers bietet für die technologieorientierten Unternehmen ein herausragendes Entwicklungspotential.

Im Einklang mit der neuen Förderphilosophie des Landes und der EU-Strukturförderung verabschiedet sich das Land von den alten Spielregeln für die Vergabe der **EFRE/Ziel 2 Förderung**. Die FDP NRW begrüßt auch hierbei die Verankerung des Prinzips Wettbewerb: bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Existenzgründungen, bei der Förderung von Innovation und wissensbasierter Wirtschaft, und auch bei der Förderung von nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung. Die FDP NRW begrüßt, dass 50 Prozent der Mittel in den Bergbauregionen zum Einsatz kommen sollen, wenn dort in diesem Umfang Projekte vorhanden sind, die sich im Wettbewerb durchsetzen. Insbesondere bei Projekten mit kommunaler Beteiligung ist dann sicherzustellen, dass finanzschwachen Kommunen mit Nothaushaltsrecht eine faire Möglichkeit zur **Ko-Finanzierung** eröffnet wird, ohne dabei notwendige Konsolidierungsanstrengungen außer Acht zu lassen.

Die FDP NRW ermuntert die Kommunen in den Bergbauregionen an den Wettbewerben des Landes gezielt und selbstbewusst auf der Grundlage vorhandener Kompetenzfelder in Wirtschaft und Wissenschaft teilzunehmen und dabei stets den breiten **regionalen Konsens** zu suchen. Dieser regionale Konsens ist eine entscheidende Richtgröße für die EU und für das Land der Gewährung von Fördermitteln. Auch der damit verbundenen Verantwortung, sich auf Schwerpunkte und **wettbewerbsfähige Stärken der Regionalentwicklung** zu verständigen, sollten sich die Kommunen entschlossen stellen. Interessante, in den Bergbauregionen bereits erarbeitete Beispiele hierfür, sind die Zukunftsinitiative Kompetenzregion Niederrhein mit den Schwerpunkten Energie, Logistik, Material- und Nanotechnologie und Kommunikationstechnologie oder die in der Region Emscher-Lippe entwickelte Handlungsstrategie mit den Kompetenzfeldern, Chemie, Energie, Gesundheitswirtschaft und Tourismus.

Die neue **Clusterstrategie des Landes** wurde auf Schwerpunkte wie Gesundheit, Logistik, neue Werkstoffe und Produktionstechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien und die immer wichtiger werdenden Bereiche der Energiewirtschaft und Energieforschung ausgerichtet. Mit Blick auf die identifizierten Kompetenzfelder haben die Bergbauregionen also allen Grund, selbstbewusst an den Wettbewerben des Landes teilzunehmen, da sie in vielen Fällen genau hier bereits über sichtbare Kompetenzen verfügen.